



FRANKREICH - WIEDERHOLT SICH DIE GESCHICHTE DOCH?

Revolution der „Gelbwesten“

Von INXI | Es ist das vierte Wochenende, das Frankreich in seinen Grundfesten erschüttert. Mittlerweile haben die Proteste der Gelbwesten auch das Nachbarland Belgien erreicht, wo sich die Proteste vor allem im Europaviertel in Brüssel entladen.

Das ist kein Zufall; die Bürger haben schon lange erkannt, woher das Ungemach kommt. In Frankreich sind rund 80.000 Bürger auf den Beinen, das Kartell bietet knapp 90.000 Polizisten auf, um den Bürgerwillen im Keim zu ersticken. Das kann, wenn überhaupt, nur kurzfristig und mit unabsehbaren Folgen gelingen, sind die Beamten doch Bürger in Uniform und gleichermaßen von der desaströsen Politik des Kartells betroffen wie die protestierenden Zivilisten.

Die Gretchenfrage wird sein, wie weit beide Seiten bereit sind, zu gehen. Die Bürger werden nicht einknicken, wie die letzten drei Wochen belegen. Eher im Gegenteil: der ursprüngliche Grund für die Proteste – von einem Bürger auf Facebook formuliert – hat sich längst überholt und verselbstständigt. Ging es doch anfangs „lediglich“ um die sogenannte Ökosteuer, die das Regime Macron auf Treibstoffe verhängen wollte.

Nach nur vier Wochen fordern die Franzosen den Rücktritt der Kunstfigur Macron und die Wiederherstellung der Demokratie auf allen Gebieten. Sie hinterfragen die Politik der letzten Jahre insgesamt und fordern einschneidende Korrekturen. Insofern ist es durchaus legitim, vom Beginn einer Revolution zu sprechen – einer Revolution gegen das internationale Kartell!

Gefahr durch radikale Moslems

Augenzeugen aus Paris berichten, dass kleine, professionell agierende Gruppen schwarz verumumt immer wieder Gewalt provozieren; Läden plündern und die Polizei gezielt angreift. Agent Provocateurs? Sicher, auch das um ein gewalttätiges Einschreiten der Behörden zu legitimieren. Allerdings mehren sich die Berichte, durch Fotos belegt, dass viele der Verummten in Schwarz ohne gelbe Weste arabische Invasoren sind. Etliche Schmierereien an Pariser Fassaden geben Zeugnis davon.

Aber davon darf sich der Protest nicht abschrecken lassen, er ist nicht hierarchisch organisiert und geht von Bürgern für Bürger aus. Trittbrettfahrer müssen in dieser Phase des Protestes schlicht in Kauf genommen werden! Weil große Teile von Polizei und Militär sich als Bürger und eben nicht als Erfüllungsgehilfen der herrschenden Kaste in Frankreich sehen, stehen die Chancen gut, dass der Protest der Bürger Erfolg haben kann. Ist dem so, wäre dies ein Fanal für Europa!

Und Deutschland?

Keine Chance! Dem Spießbürger geht es in seinem Reihenhäuschen immer noch zu gut. Dach über dem Kopf, Feierabendbier, volle Einkaufszentren, Weihnachtsgedudel aller Orten, Friede, Freude, Eierkuchen! Die letzte Messerstecherei und Vergewaltigung durch die Invasoren war doch im Nachbardorf oder in der anderen Nebenstraße. Der Michel erwacht erst, wenn er selbst direkt massiv betroffen ist, anders sind die Wahlergebnisse der letzten Monate und Stunden nicht zu

erklären. Lernen durch Schmerzen – wie lange noch?

Aber auch die AfD muss endlich lernen. Man kann keine ellenlange Unvereinbarkeitsliste aufstellen und weiter fortschreiben, während sich der Protest der Bürger formiert. Man kann doch nicht ernsthaft glauben, dass durch die Vermeidung bestimmter Vokabeln die von langer Hand vorbereitete Beobachtung durch das Amt für Verfassungsschutz vom Tisch wäre?

Gerade jetzt ist es dringend geboten, eben nicht einzuknicken und konsequent weiter zu arbeiten. Alles andere nannte Björn Höcke „politische Bettnässerei“.

Recht hat er und das werden die Wahlen im Herbst 2019 in Mitteldeutschland beweisen!



Berlin will jugendliche Intensivtäter nicht mehr festnehmen

Von INXI | Das rot/grüne Kartell hat heute in Berlin einen weiteren Offenbarungseid geleistet und Zeugnis davon abgelegt, dass die Sicherheit und das Rechtsempfinden der Berliner Bürger und ihrer Gäste keinerlei Rolle mehr spielt.

Innensenator Andreas Geisel (SPD) hat die Polizei heute angewiesen, jugendlichen Intensivtäter vorerst nicht mehr festzunehmen und in den Jugendarrest zu überführen. Die Polizeiführung hat diese Weisung an alle Einsatzkräfte natürlich weitergegeben. Der „Grund“ dieser irren Entscheidung ist, dass Berlin die Einrichtung für jugendliche Intensivtäter dringend für 12 (in Worten: zwölf) sogenannte Gefährder benötigt. Der Jugendknast soll zum Hochsicherheitstrakt für Moslem-Terroristen umgebaut werden, die dann dort auf ihre, eher unwahrscheinliche, Abschiebung warten sollen.

Da stellt sich die Frage, wo diese Terroristen jetzt sitzen? Sitzen die überhaupt hinter Gittern oder hocken sie noch auf Teppichen in irgendwelchen Moscheen der Hauptstadt? Berlin selbst spricht überdies von 40 solcher Terroristen. Wo sind dann die restlichen 28? Es muss doch selbst im linksgrün versifften Kalifat Berlin möglich sein, 40 Kriminelle in irgendeine Einzelzelle mit Dauerüberwachung zu stecken und umgehend in ihre Heimat abzuschicken. Nein, natürlich nicht, denn für Linke, Rote und Grüne sind selbst EU-Staaten oder beliebte und gut frequentierte Urlaubsländer keine sicheren Herkunftsländer. Ergo darf der Steuerzahler für Umbau und Unterbringung einmal mehr blechen. Als Dank lassen Geisel und Konsorten die Intensivtäter per Anno folgen- und straffrei auf die Berliner Bevölkerung, Gäste und Touristen los. Davon betroffen sind auch gültige Gerichtsurteile, die in den nächsten Wochen nicht vollstreckt werden können.

Intensivtäter in Berlin

Als jugendlicher Intensivtäter gilt, wer mehr als zehn Straftaten binnen eines Jahres begangen hat. Im Klartext: wer mehr als zehnmals erwischt und überführt wird. Weit über 90 Prozent dieser Klientel hat in Berlin einen sogenannten Migrationshintergrund, es sind ergo keine deutschen Jugendlichen, die Berlin unsicher machen. Wie auch immer, die Einrichtung in Lichtenrade muss den Moslem-Terroristen weichen und es sollte in Plötzensee Ersatz gefunden werden. Aber

leider, so Geisel, sei der Ersatzort „noch nicht bereit“ für die Jugendlichen. Sowas aber auch! Fehlen die nach Mekka ausgerichteten Gebetsräume, die Teppiche oder die Imame? Woran scheitert es, Herr Geisel?

Die Anweisung ist auch deshalb brisant, weil die bisher einsitzenden Intensivtäter frei kommen. Aber selbst darauf kommt es im Berlin der rot/grünen Rechtlosigkeit nicht mehr an; wie der [Tagesspiegel](#) schreibt, kommen diese Täter ihrer Ladung zum Arrest sowieso nicht nach. Die meisten dieser Täter werden bei zufälligen Personenkontrollen oder eben bei neuen Straftaten gestellt. Natürlich nur dann, wenn die Berliner Polizei zur richtigen Zeit am richtigen Ort ist!

Die Hauptstadt eines jeden Landes ist zugleich das Aushängeschild für Gäste und Besucher. Das gilt für die deutsche Hauptstadt leider nicht mehr. Schon lange nicht mehr! Dresden, mit der schönen Altstadt, dem Zwinger und dem herrlichen Umland ist für ausländische Touristen in jedem Fall eine Alternative.



Eine Hassveranstaltung gegen den Hass

Von INXI | Zwei Tage nach dem [Mord an Daniel Hillig](#) führte die Bürgerbewegung Pro Chemnitz eine Demonstration am Marx-

Monument durch und 8.000 Chemnitzer folgten dem Aufruf. Von dieser Demo gibt es einzelne Fotos von Leuten, die angeblich oder wirklich den Hitlergruß gezeigt haben sollen. Diesbezüglich haben sich jedoch weder Staatsfunk noch Polizei die Mühe der schnellen Recherche gemacht; es stand sofort fest, dass dort „Nazis“ unterwegs gewesen seien und Ausländer gejagt hätten.

Anders lief das beim vermeintlichen Hitlergruß des Sängers der linksextremistischen Band „Feine Sahne Fischfilet“ vor dem Konzert in Chemnitz. Jan Gorkow grüßte winkend in die Kamera und so sei es während der Armbewegung – rein zufällig(?) – eben zum Hitlergruß gekommen. Sofort stürzte sich die gesamte Lügenpresse auf dieses Foto und auch die Polizei konnte bereits nach kurzer Zeit Entwarnung geben ([PI-NEWS berichtete](#)). Das Geräusch, das der vom Herzen fallende Stein bei den Linken – vom hirnlosen Antifanten bis zum ehemaligen (?) Kommunist Steinmeier verursachte, war mindestens deutschlandweit zu hören.

Auch von Pogrom-Stimmung war und ist die Rede: die Totengräberin unserer Heimat und ihr Lakai Seibert [sabbeln heute noch davon](#) obwohl der sächsische Generalstaatsanwalt längst dementiert hat. Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass einige wenige Idioten wohl wirklich den Hitlergruß gezeigt und dummes Zeug gerufen haben. Seriös kann man von etwa 20 Personen ausgehen, nichtsdestotrotz stempelt das Bundeskanzleramt 8.000 Menschen ab, gegen die es „mit aller Härte“ vorzugehen gilt. Dieses System schlottert vor Angst und liegt in den letzten Zügen. Daher ist ihm jedes Mittel recht und lässt es zu jedem Strohhalm greifen und seien es die oben genannten Assis.

Linker Irrsinn: Ein Hass-Konzert gegen Hass

Am vergangenen Montag war es nun so weit. Unterstützt durch Landesregierung, Stadtverwaltung, Bundesbehörden und allen möglichen Linksverstrahlten aus Wirtschaft und Politik fand

mitten in der Innenstadt (!) ein Konzert mit etwa 65.000 Linken statt, die aus allen Teilen der Republik herangekarrt wurden. Oft für sie kostenlos, auch der Eintritt war frei. Frei war überhaupt das Motto der Linksfaschisten; Auflagen an die Veranstalter scheint es keine gegeben zu haben oder wenn, mussten sie nicht zwingend eingehalten werden. Um die beantragte Gegendemonstration von Pro Chemnitz und anderen zu verhindern, wurden kurzerhand linke Veranstaltung auch außerhalb des eigentlichen Konzerts seitens der Stadt genehmigt. So sollte für die Linksfaschisten eine Wohlfühloase in der gesamten Innenstadt geschaffen werden.

Und ja, die Volksfeinde aus Nah und Fern haben sich wohlgeföhlt:



Das ist nur ein kleiner Ausschnitt der Hinterlassenschaften im gesamten Bereich der Innenstadt. Mitarbeiter der Stadtreinigung, die in der Nacht den Dreck wegräumen mussten, zeigten sich fassungslos, selbst altgediente Mitarbeiter hätten noch nie ein solches Ausmaß an Dreck und Vandalismus in der Stadt erlebt: ein regelrechter Teppich an Glasscherben, völlig verwüstete Grünanlagen, zerstörte und abgepackelte Dixi-Klos, abgerissene Papierkörbe und und und...

Fakt ist, die Linksfaschisten haben den Chemnitzern einen

Schaden hinterlassen, der aktuell noch nicht beziffert werden kann und wahrscheinlich auch nie veröffentlicht werden wird.

Neben „Feine Sahne Fischfilet“ traten bei dem von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier empfohlenen Konzert auch die Berliner Hip-Hopper K.I.Z auf und [sagen hasserfüllt gegen den Hass an](#). Textauszug aus dem Song „Ein Affe und ein Pferd“:

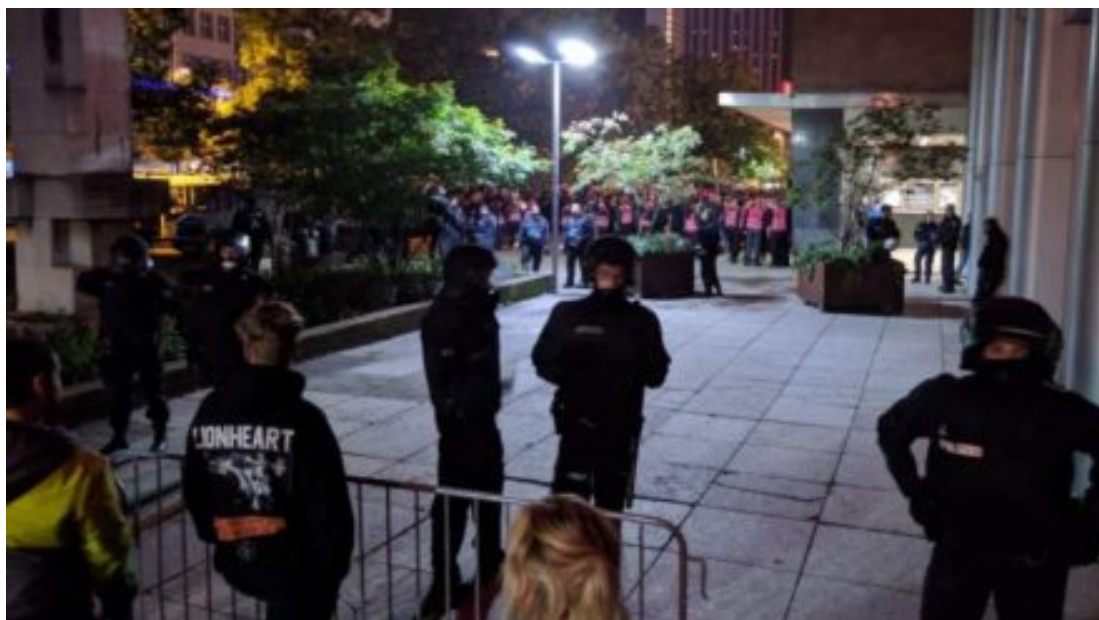
„Ich ramm die Messerklinge in die Journalisten-Fresse“.

Und:

„Eva Herman sieht mich, denkt sich: ‚Was‘n Deutscher!‘/Und ich gebe ihr von hinten wie ein Staffelläufer/Ich fick sie grün und blau, wie mein kunterbuntes Haus/Nich alles was man oben reinsteckt, kommt unten wieder raus.“

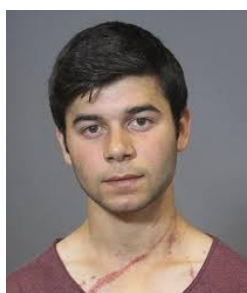
Störungsfrei und alles gut? So berichtete zumindest die Lügenpresse unisono.

Keineswegs! Gegen Mitternacht kam es zu Angriffen seitens der Antifa auf persönliche Freunde des ermordeten Daniel Hilbig, die ebenfalls in der Stadt unterwegs waren und den Tatort aufgesucht haben. Dieser wurde seitens der Stadt und der Polizei vor dem Konzert mit übergroßen Blumenkübeln aus Beton und Gittern abgesperrt. Warum? Hatte man Angst vor den Freunden des Toten oder vor der Antifa? Diese Fragen fanden Antworten:



Die Polizei sah sich schließlich gezwungen, die trauernden Freunde des Ermordeten vor den Horden der Antifa zu schützen, in dem ein Ring aus Beamten um den Tatort gebildet wurde.

Ja, so lief das vom System hofierte weltoffene, bunte und tolerante „Konzert“ ab.



Angemerkt muss auch werden: Einen Tag nach dem Konzert und mehr als eine Woche nach dem Mord sucht die [Polizei nach dem 3. Mörder](#) von wohl insgesamt 10. Farhad Ramazan Ahmad, ein 22-jähriger Iraker ist auf der Flucht. Die Polizei warnt vor dem Goldstück (Foto, links), da es bewaffnet sein könnte!

Und der völlig überforderten OB von Chemnitz, Barbara Ludwig (SPD) fällt nichts Besseres ein, als ausgerechnet die Hauptverantwortliche für den Niedergang unserer Heimat mit unzähligen Opfern für Oktober nach Chemnitz einzuladen! Merkel hat die Einladung angenommen und jetzt ist es an uns Patrioten, dieses Konzert zu toppen und der Raute des Schreckens einen gebührenden Empfang zu bereiten!

In diesem Kontext nochmals der dringliche Aufruf an alle Konservativen: alle kleinteilige Zwistigkeiten, Grabenkämpfe

und nichtige persönliche Befindlichkeiten müssen überwunden werden! Nur zusammen sind wir stark genug, unsere Heimat zu retten!



Nachlese zum ZDF-Sommerinterview mit Gauland

Von INXI | Die Nachlese zum ZDF-Sommerinterview von Dr. Alexander Gauland, Bundessprecher und Fraktionsvorsitzender der AfD im Deutschen Bundestag, ist erforderlich und geboten. Wenn es eines Beweises bedürft hätte, den Staatsfunk einzudampfen, dann war es dieses sogenannte Interview.

Dr. Gauland wurde vom ZDF (DDR2) eingeladen und hatte exakt zwei Möglichkeiten: Absagen oder Zusagen. Bei einer Absage hätten sich Staatsfunk und die Mainstream-Journaille das geifernde Maul förmlich zerrissen. Also sagt Alexander Gauland zu, wohlwissend, wie diese Posse enden würde und versuchte, das Beste daraus zu machen. Und das ist ihm – entgegen aller Kritik – auch gelungen.

Das billige Imitat eines Inquisitors, Thomas Walde vom ZDF, hat allen Ernstes innerhalb von 18 Minuten Antworten auf Probleme verlangt, die die Systemparteien in den vergangenen Jahrzehnten verursacht und verschuldet haben. Oder erfunden: wie menschengemachter Klimawandel und die sogenannte

Digitalisierung.

Interview ist kein Streitgespräch

Die Resonanz fiel auch unter Gleichgesinnten unterschiedlich aus. Die Staatsmedien und die [bestellten Schreihälse](#) seien hier außen vorgelassen – deren Reaktion war berechenbar und soll hier bei PI-NEWS keine Rolle spielen.

Allerdings kann man auch in den [Leserkommentaren von PI-NEWS](#) lesen, Gauß wäre zu zahm und solle fürderhin nicht mehr als Frontmann in den Medien auftreten. Selbstredend soll und darf jeder seine Meinung äußern und auch vertreten, aber die Rufe nach Gottfried Curio oder Stephan Brandner gehen in diesem Kontext fehl: beide hätten nicht wesentlich anders auf den Rattenfänger vom Staatsfunk reagieren können.

Rente

Es ist bekannt, dass nächstes Jahr in Dresden ein Bundesparteitag über dieses Thema entscheidet. Darüber hinaus ist es unverfroren, von einer fünf Jahre jungen Partei sofort ein schlüssiges Konzept zu fordern. Die Aussage Gaußs, dass er mit der Sicht von Meuthen auf das Thema so nicht konform geht, wird von Thomas Walde sofort als Dissens missgedeutet. Konstruktive Diskussionen darf es in Merkel-Deutschland nicht geben, Einheitsbrei ist angesagter Mainstream!

Klima

Wie immer werfen die linksgrün versifften Ideologen Klima, Wetter und Umweltschutz in einen Topf. Wissenschaftliche Fakten und Zahlen werden schlicht ignoriert, Aussagen von bestellten und bezahlten „Experten“ gelten wider jeglicher Vernunft als sakrosankt. Kommentar überflüssig!

Wohnungsbau

Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass die Mieten in den Metropolen immer schneller steigen. Angebot und Nachfrage –

ganz simpel. Gaulands Antwort: der Staat muss mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen. Ganz einfach. Was denn sonst? Hier die „Flüchtlinge“ ins Spiel zu bringen, wäre für den Lakai des Staatsfunks ein gefundenes Fressen gewesen, was wohl seine Absicht war.

Digitalisierung

Ein von der FDP seinerzeit erfundener Kunstbegriff, eine hohle Phrase, die niemand schlüssig erklären kann. Eine Weiterentwicklung von Industrie und Wirtschaft, die nichts mit der Staatsgewalt zu tun hat. Gauland sagte dies auch sinngemäß und fügte an, dass dies nicht sein Thema wäre. Hätte dies ein älterer Spitzenpoliker der Altparteien so gesagt, hätte es das ZDF sicher als „entwaffnende Ehrlichkeit“ gefeiert. Bei Gauland ist es freilich Ahnungslosigkeit. Wie schäbig!

Fazit

Jeder, der Alexander Gauland kennt, hat gesehen, wie unwohl er sich gefühlt hat, aber er hat aus dieser Situation das Beste gemacht. Chapeau!



EU duldet Genozid in

Südafrika

Von INXI | 70.000 abgeschlachtete weiße Farmer seit 1996. 70.000 grausam ermordete Männer, Frauen und Kinder weil sie eine weiße Hautfarbe haben und Land besitzen. Täglich kommen neue Opfer hinzu und auch die schwarzen Angestellten der Farmer werden nicht verschont.

Haben die schwarzen Mörderbanden die Familien ausgelöscht, werden die Farmen von den neuen „Eigentümern“ übernommen und binnen kurzer Zeit heruntergewirtschaftet. All dies geschieht mit Duldung der südafrikanischen Behörden.

Jetzt hat sogar das Oberste Gericht entschieden, dass entschädigungslose Enteignungen von Weißen rechtens sind. Die absurde Begründung lautet Wiedergutmachung und Rückgabe des „geraubten“ Landes. Absurd deswegen, weil der Grund und Boden den Mördern zu keiner Zeit gehört hat.

Die Buren

Mitte des 17. Jahrhunderts wanderten vorwiegend Holländer, aber auch Franzosen und Deutsche in den Süzipfel Afrikas ein und wurden dort heimisch. Sie gründeten Kapstadt und andere Städte, wurden auf dem Land sesshaft und legten den Grundstein für eine funktionierende Landwirtschaft.

Die Ureinwohner waren Buschmänner und lebten zurückgezogen in kleinen Dorfgemeinschaften in den riesigen Wäldern, man kam sich nicht ins Gehege. Das änderte sich freilich, als Negerstämme aus dem Norden einfielen. Fortan war die Geschichte für Jahrhunderte von Kriegen und Unruhen geprägt.

Die Nachkommen dieser Stämme sind die Mörder von heute. Den Buren gelang es, Einigkeit untereinander herzustellen und so setzten sie sich gegen alle Angriffe erfolgreich durch. Letztlich wurde die Republik Südafrika gegründet.

Die Buren selbst sehen sich nicht als Europäer, sondern haben über die Jahre eine eigene Identität erschaffen. Sie bezeichnen sich ganz selbstverständlich als Afrikaner und haben mit Afrikaan eine eigene Sprache entwickelt. Lange Rede, kurzer Sinn (eine ausführliche geschichtliche Beschreibung würde den Rahmen sprengen) – eine der wenigen Erfolgsgeschichten des schwarzen Kontinents.

Der Geist Mandelas ist erloschen

Die weiße Minderheit hatte einen Staat erschaffen, der sicher und auf dem Weg zu Wohlstand war: 1967 wurden landesweit 170 Morde gezählt, heute sind es 25.000 jährlich. Natürlich profitierte auch die schwarze Mehrheit von der Stabilität und dem Wohlstand: Zugang zu Bildung, Arbeitsplätze, Gesundheitssystem und eben Sicherheit sind nur einige Beispiele.

Allerdings wurde die Apartheid (Rassentrennung) in die Verfassung geschrieben, aus damaliger Sicht erscheint das logisch, weil man sah, was aus anderen afrikanischen Staaten nach dem Ende der Kolonialzeit wurde. Jedoch verstanden und verstehen sich die Buren nicht als Kolonialherren, sondern als afrikanischer Teil der Bevölkerung, der den Staat aufgebaut und entwickelt hat.

Schlüsselrollen der Macht in Politik und Wirtschaft waren Weißen vorbehalten. Diese Rassentrennung gab es allerdings in allen Bereichen des täglichen Lebens; in Schulen, Parkanlagen, im Nahverkehr und selbst auf Parkbänken war eine strikte Trennung der Rassen vorgeschrieben.

Der letzte weiße Präsident Südafrikas, Willem de Klerk, reagierte zu spät und zu zögerlich. So kam es letztlich zur Übernahme der Macht durch den ANC und den Marxisten Mandela. De Klerk und Mandela erhielten für die Überwindung der Apartheid 1993 den Friedensnobelpreis. Doch begann damit der Niedergang des Staates.

Mandela war allerdings kein Dummkopf und wußte, was es bedeuten würde, die Eckpfeiler des Staates zu vernichten – ein Blick nach Simbabwe (Rhodesien) reichte da völlig aus. Nach seinem Tod brachen jedoch alle Dämme und eine beispiellose Mordserie nahm ihren Anfang. Seine Nachfolger sind korrupte und unfähige Mörder, die das Land dem Untergang weihen.

EU verweigert sich – Rußland und Australien helfen

Angesichts des Völkermordes in Südafrika reisten Vertreter der bedrohten Minderheit Anfang des Jahres nach Brüssel und erhofften sich Beistand von der EU. Sie wurden nicht einmal angehört, geschweige denn erhielten sie Hilfe der linken Eurokraten.

Diese Menschen passen nicht in das Weltbild von Brüssel und Berlin: sie sind keine Moslems, sie haben eine weiße Hautfarbe und sind Christen. Sie werden zwar zu zehntausenden abgeschlachtet – allerdings von Schwarzen. Ein solches Szenario ist schlicht nicht vorgesehen, dass darf es nicht geben, also wird es totgeschwiegen. Was für eine Schande!

Im Gegenzug sorgt man sich freilich um die moslemischen Mörderbanden der Rohingya, staatenlose Terroristen, die in Südostasien ihr Unwesen treiben. Da werden Sondersitzungen im Europäischen Parlament und auch im Deutschen Bundestag inszeniert und man scheut sich nicht, die eigentliche Regierungschefin von Myanmar und Friedensnobelpreisträgerin, Kyi, zu verurteilen, weil sie Land und Volk vor diesen Horden schützt. Rassismus pur!

Allerdings gibt es Hoffnung für die weißen Afrikaner, wenigstens ihr Leben zu retten und fürderhin in Sicherheit leben zu können. Rußland und Australien haben ihnen unkompliziert Asyl angeboten. Die Lückenpresse und die Systemknechte schweigen sich freilich weiter aus. Bleibt zu hoffen, dass es so etwas wie Gerechtigkeit gibt und sie irgendwann zur Verantwortung für ihre Taten gezogen werden!



Refugee Welcome? Jetzt will Spanien die „europäische Lösung“

Von INXI | Wie präzise die Invasion schwarzafrikanischer Horden nach Europa gesteuert wird, konnte man in den letzten Tagen und Wochen eindrucksvoll beobachten. Nachdem vor allem Ungarn den Landweg nach Europa zumindest erschwert hatte, wurde die Invasion nahtlos auf den Seeweg über das Mittelmeer verlagert. Monatlang fischten die Schlepperschiffe von [Lifeline](#) & Co ihre kostbare Fracht sogar direkt aus libyschen Küstengewässern um tausende Invasoren unbeschadet nach Europa zu bringen. Selbst Marineschiffe beteiligten sich unter dem Deckmantel der Seenotrettung an dieser Schlepperei und brachten zehntausende Illegale zunächst nach Italien.

Sieg der Vernunft in Italien

Binnen kürzester Zeit sorgten die „Geflüchteten von südlich der Sahara“ für untragbare Zustände in italienischen Städten und Gemeinden. Aber anders als hierzulande erkannten die Italiener den Grund für das Übel und wählte die unwillige Regierung ab. Folgerichtig übernahmen „Fünf Sterne“ und „Lega“ das Ruder. Die alte Fuchtel in Berlin dürfte einige schlaflose

Nächte gehabt haben.

Der neue Innenminister Salvini machte auch sofort klar, wohin die Reise künftig gehen wird: nicht über das Mittelmeer, nicht nach Italien! Schlepper-Schiffen wurde die Einfahrt in italienische Häfen verweigert, die Schiffe werden beschlagnahmt und gegen die Schlepper wird ermittelt. Welch Hiobsbotschaften für die deutsche Asylindustrie! Entsprechend groß war das Geschrei der Protagonisten aller Couleur; schließlich will man noch möglichst viele Milliarden Euro Steuergeld in die eigenen Taschen stecken. So entblödeten sich die Oberbürgermeister von Köln, Düsseldorf und Bonn nicht, ausgerechnet von Merkel mehr „Flüchtlinge“ zu fordern ([PI-NEWS berichtete](#)). Wohlwissend, dass man hier offene Türen einrennt – die Bürger hat man freilich nicht befragt. Es lief doch bisher wie am Schnürchen: das BAMF reine Makulatur, Abschiebungen finden kaum statt, Grenzen stehen sperrangelweit offen, alle Kartellparteien sind sich in der Causa einig. Und nun kommen die störrischen Italiener und versauen das schöne Geschäft. Wie also weiter?

Pedro Sánchez – der Weiße Ritter der Asylindustrie

Während andere Völker längst aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht sind, leistet sich Spanien eine sozialistische Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Sánchez. Der Sozi erfüllt alle Erwartungen der Asylindustrie und läßt die von Italien abgewiesenen Schiffe nach Spanien kommen, was nochmal rund 1.000 km Schlepperei innerhalb Europas bedeutet. Macht insgesamt 1.600 km – zur libyschen Küste wären es etwa 20 km gewesen. So geht Seenotrettung!

Auch die Zustände in Ceuta sind Sánchez ein Dorn im trüben Auge. Freilich nicht die Erstürmung spanischen Gebiets an sich, nein, er möchte den Zaun um die Enklave abreißen lassen, schließlich sollen die Goldstücke bequem auf den Kontinent kommen. Auch angesichts der Tatsache, dass etwa 50.000 Schwarzafrikaner in Marokko auf ihre „Einreise“ nach Europa

warten, könnten so unschöne Bilder vermieden werden.

Und schon bettelt Spanien um Hilfe

Natürlich wurde der Ruf Sánchez' wohl vernommen. Binnen weniger Wochen [trafen tausende „Flüchtlinge“ in Spanien](#) ein: entweder per [Schlauchboot direkt am Badestrand](#) oder von der spanischen Marine aus dem Meer gefischt. Vor ein paar Tagen spuckten die Sozen noch große Töne; auf Mallorca wolle man den Tourismus zurück drängen und mehr „Flüchtlinge“ aufnehmen ([PI-NEWS berichtete](#)). Etliche Touris würden sich schließlich nicht ordentlich benehmen, der italienische Innenminister wurde gar zur unerwünschten Person erklärt. Aber wie immer und überall, wenn die Roten zu entscheiden haben, kommt eben nur Murks dabei heraus.

Innenminister [Grande-Malaska](#):

„Das Migrationsproblem ist ein Problem Europas und erfordert europäische Lösungen.“

Kein Wort mehr von „Geflüchteten“, nun sind es Migranten, dafür zweimal das Wort Problem. Diese Bettelei dürfte an Berlin adressiert sein, wer sonst holt sich die Invasion sonst noch ungezügelt ins Land?

Bei der deutschen Totengräberin dürften die Worte allerdings wohlwollendes Gehör finden. Man muß sich nur noch über möglichst geräuschlose Wege einig werden und schon läuft der Nachschub für die hiesige Asylindustrie wieder. Heute können sich alle Patrioten hierzulande glücklich schätzen, dass Deutschland nicht auch noch einen direkten Zugang zum Mittelmeer hat!



Generalsekretär der Sachsen-AfD im Visier der Heuchler

Von INXI | Jan Zwerg ist ein Mann der klaren Worte, ein Grund dafür, warum er im letzten Jahr mit deutlicher Mehrheit zum Generalsekretär der AfD in Sachsen gewählt wurde. Angesichts der Bilder von der Erstürmung der spanischen Exklave Ceuta vor ein paar Tagen ([PI-NEWS berichtete](#)) forderte Zwerg in letzter Konsequenz den Einsatz von Schusswaffen an den Grenzen. Da ist Zwerg freilich nicht der erste; Beatrix von Storch und Frauke Petry äußerten sich seinerzeit ähnlich. Selbstredend riefen seine Äußerungen umgehend die Heuchler der sächsischen CDU auf den Plan. [Alexander Dierks](#), Generalsekretär der CDU Sachsen:

„Die AfD lässt einmal mehr die Maske fallen und zeigt mit ihrer menschenverachtenden Forderung zum Einsatz von Waffen gegen Flüchtlinge, dass sie jenseits unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Werte steht. [...] Die Unmenschlichkeit der AfD ist erschreckend. Einen Schießbefehl an unserer Grenze zu fordern, zeugt zudem von vollkommener Geschichtsvergessenheit.“

Diese Aussagen sind an Verlogenheit und Unkenntnis kaum zu übertreffen. Dierks verschweigt natürlich, dass der Einsatz von Schusswaffen an den Grenzen [per Gesetz](#) klar geregelt und damit legitim ist. Wer also lässt hier die Maske fallen? Was Dhimmi Dierks mit „Geschichtsvergessenheit“ meint, ist ebenso falsch wie dumm; er stellt natürlich auf die damalige DDR-

Grenze ab. Das die Kommunisten die eigenen Leute einsperrten, kommt Dierks natürlich nicht über die Lippen.

Zur Erinnerung: rund 600 kriminelle (illegales Eindringen in ein Land ist ein Verbrechen) Afrikaner stürmen eine Staatsgrenze und setzen Waffen, sowie rohe Gewalt ein, um auf europäisches Gebiet zu gelangen. Mehrere spanische und marokkanische Beamte wurden teils schwerverletzt. Dierks gesteht diesen Grenzschützern also nicht zu, ihre Gesundheit und ihr Leben zu verteidigen – ihm ist das Wohl der „Flüchtlinge“ wichtiger.

Wer Grenzen stürmt, ist kein Flüchtling, sondern ein Eindringling! Ganz abgesehen davon, dass die Branntkalk- und Fäkalienwerfer über kurz oder lang nach Germoney „reisen“ werden. Dann können Dierks und Konsorten beweisen, wie ernst es ihnen ist und mindestens zwei aus dieser Charge bei sich zuhause aufnehmen. Wohl an!

Angst, Lügen und Verdummung...

...so könnte man die CDU im Freistaat überschreiben. Die Kretschmer-Clique hat Angst. Angst vor den Landtagswahlen im nächsten Jahr. Völlig zu Recht! Wir erinnern uns an die letzte Bundestagswahl: Ein kleiner, farbloser Herr Kretschmer wollte in den Bundestag einziehen. Er hatte aber in grenzenloser Arroganz übersehen, dass die CDU im Freistaat schon längst kleinere Brötchen backen musste und so kam es, wie es kommen musste: statt des Handlangers Merkels zog der Malermeister Tino Chrupalla (AfD) in den Bundestag ein. Das kleinste Brötchen im Schaufenster der CDU heißt also Kretschmer. Die AfD wurde stärkste Partei in Sachsen und der Ministerpräsident Tillich trat zurück. Einen Neustart gab es freilich nicht; das kleine Brötchen wurde als Thronfolger eingesetzt. Im Herbst 2019 hat der Spuk hoffentlich ein Ende!



Russlands Außenminister Lawrow und Armeechef Gerassimow bei Merkel

Von INXI | Letzten Dienstag fand im Kanzleramt ein hochbrisantes Geheimtreffen statt.

Die Protagonisten:

- Merkel, Noch-Kanzlerin
- Maas, dem Vernehmen nach Außenminister
- der russische Außenminister Sergej Lawrow
- der russische Generalstabschef Waleri Gerassimow

Allein die Teilnahme von Waleri Gerassimow zeigt die Brisanz dieses Treffens, weil der ranghöchste General Russlands auf der Sanktionsliste der EU steht und somit nicht einreisen dürfte. Durch eine Ausnahmegenehmigung des deutschen Außenamtes wurde seine Einreise dennoch ermöglicht.

Entgegen der üblichen Vorgehensweise wurde dieses ranghohe Treffen durch die Bundesregierung im Vorfeld nicht angekündigt. Auch über den Inhalt der Gespräche schweigen Merkel & Co. [MdB Ulrich Oehme](#) von der AfD berichtete als erster über die Hintergründe.

Worum ging es also?

Fernhalten von iranischen Milizen in Syrien und von der israelischen Grenze

Selbstredend ein legitimes Anliegen. Dafür spricht auch, dass Lawrow und Gerassimow direkt aus Israel kommend nach Berlin geflogen sind. Nur, was wollen sie von Deutschland in dieser Frage? Deutschland hat längst keinen so großen außenpolitischen Einfluss mehr, schon gar nicht auf den Iran. Sollen deutsche Truppen in Syrien eingreifen? Eher unwahrscheinlich – die desolate Truppe würde nicht mal die Logistik meistern können, geschweige denn von militärischem Nutzen sein. Zumal Russland das Problem sehr wohl allein lösen kann. Was also dann? Das bringt uns zu Thema Nummer Zwei:

Rückführung von „Flüchtlingen“ über Russland

Die BILD brachte einen [spärlichen Artikel](#) zu diesem Geheimgespräch, später kam nichts mehr. Laut den uns vorliegenden Informationen soll Russland ein Abkommen mit Jordanien, dem Irak, dem Iran und Syrien zur Rückführung von „Flüchtlingen“ aus Europa in großem Stil planen. Dafür soll neben der nötigen Logistik auch die entsprechende Infrastruktur geschaffen werden. Das muss man erst mal sacken lassen! Natürlich ein absolut begrüßenswertes Vorhaben, keine Frage. Die Frage ist, wie weit wird die deutsche Totengräberin gehen, um ihre runzlige Haut zu retten? Abkehr von den unsäglichen Russland-Sanktionen und dann Sonderzüge mit „Flüchtlingen“ gen Osten? Eigentlich kaum vorstellbar; alle rot/grün Versifften würden sich auf die Gleise werfen, die ANTIFA liefere Amok.

Was also dann, was braut sich hier zusammen?

Aufklärung der Bürger durch die Bundesregierung wäre mehr als wünschenswert. Solche Treffen werden nicht über Nacht aus einer Laune heraus geplant, diese Geheimgespräche sind schon länger vorbereitet und wohl nicht zufällig in die Sommerpause terminiert worden.

Selbstredend wird die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag am Ball bleiben. PI-NEWS wird bei neuen Erkenntnissen berichten.



Linkenpolitikerin: Hygienevorschriften im Asylheim „Behördenirrsinn“

Kleine Kinder mit Kulleraugen, Hundewelpen und Katzenkinder wurden schon immer dafür missbraucht, um eine gewünschte Stimmung zu erzeugen und/oder Rechtsbrüche zu verharmlosen. Wir erinnern uns, wie das [Foto](#) des 2015 vor der türkischen Küste [ertrunkenen Jungen, Aylan Kurdi](#), vom Mainstream in geradezu [verachtenswerter Art und Weise missbraucht](#) wurde. Ein paar Nummern kleiner versucht jetzt die Abgeordnete der LINKEN im sächsischen Landtag, Susanne Schaper, auf die [Tränendrüsen](#) zu drücken, um Ausnahmen für Asylforderer zu erreichen. Sie ist sich nicht zu blöd, den Landtag mit dieser Posse zu vereinnahmen. Aber der Reihe nach.

Seit drei Jahren lebt die irakische Familie Alogaili voll alimentiert in einer Unterkunft im sächsischen Leisnig. So weit, so schlecht. Zumindest für den Steuerzahler in Sachsen. Nun, drei Jahre All-inclusiv kann auch Langeweile hervorrufen und so ließ sich die Familie Alogaili zwei Katzen schenken. Wahrscheinlich von linksgrünen Gutmenschen, die ihre Streuner

wegen des sexuellen Selbstbestimmungsrechts der Katzen (des Katers) nicht sterilisieren, respektive kastrieren lassen.

Nun ist es so, dass in den Unterkünften (noch) Regeln gelten. Eine davon verbietet die Haltung von Haustieren aus hygienischen Gründen. Absolut nachvollziehbar; ist doch der Begriff Haustier in den Kreisen der moslemischen Invasoren etwas weiter gefasst. So ist etwa die Haltung eines Schafes in einer Mietwohnung des Chemnitzer Sonnenbergs bekannt geworden.

Im Fall der beiden Katzen besteht das zuständige Landratsamt auch auf die Gültigkeit von Regeln und Hausordnung. Also kamen die beiden Samtpfoten ins Tierheim. Heim! Wieder Regelungen. Wie konnte das Landratsamt, das den beiden voll integrierten Katzen nur antun?

Die Linkspartei will nun eine „Härtefallregelung“. Schaper hat auch ihre eigenen Vorstellungen, wenn es um Gesetze geht, und nennt die Hygienevorschriften, die Haustiere in Gemeinschaftsunterkünften verbieten, „Behördenirrsinn“.

Voller Empörung will Schaper diesen dunkeldeutschen Skandal aufklären, souffliert von der Chefin des Tierheims, Frau Rosi Pfumpfel (das ist kein Schreibfehler). Frau Pfumpfel sagt, die Katzen seien in einem besonders guten Zustand, da „könne sich so mancher Deutsche eine Scheibe von abschneiden. Bleibt zu hoffen, dass die beiden Damen dies nicht wörtlich meinen. Die „Köterrasse“ ist ja schließlich unberechenbar. Wuff!



Wollte Afghane Ex-Freundin töten? Staatsanwalt ließ ihn laufen!

Von INXI | In der Nacht auf Sonntag, 15. Juli bemerkte ein Familienvater Plüderhausen, in Baden-Württemberg einen vermeintlichen Einbrecher im Haus. Im Zimmer seiner Tochter konnte er den Täter stellen, dieser stach kaltblütig mehrfach auf den 53-Jährigen ein und floh ([PI-NEWS berichtete](#)). Dass das Mädchen nicht anwesend war rettete der Tochter wahrscheinlich das Leben. Während die Polizei „mit Hochdruck ermittelte“, kämpften die Ärzte im Klinikum um das Leben des Vaters, der in einer Notoperation gerettet werden konnte.

Nur Stunden nach der Tat wurde der „20-jährige Afghane“ Amir Wafa festgenommen. Um „die Ermittlungen nicht zu gefährden“ hält man sich mit Veröffentlichungen über Details zur Tat zurück. Die üblichen Plattitüden also, wenn es um Merkels Goldstücke geht. Folgerichtig ließ der zuständige Staatsanwalt den „Mann“ wieder laufen: mangels Beweisen. Leider, kann man halt nichts machen...

Dass die Auswertung von DNA und anderen Spuren auch durchaus länger als ein paar Stunden dauern kann, war dem Herrn Staatsanwalt wohl nicht geläufig und so kam der verhinderte Beinahe-Mörder wieder auf freien Fuß und tauchte ab.

Welch Wunder! In den Folgetagen kam das LKA zu dem Schluß, dass Wafa eindeutig der Täter ist und ermittelte, dass der Afghane und das Mädchen „früher“ befreundet gewesen seien. Aha. Seitdem läuft die Fahndung wieder auf Hochtouren.

Preisfrage: Was hat ein verschmähter Moslem nachts mit einem Messer im Zimmer seiner ehemaligen Freundin vor?

Hochinteressant (nicht nur) in diesem Zusammenhang ist die

Tatsache, dass Staatsanwälte in Deutschland weisungsgebunden sind. Bedeutet in diesem Fall, dass die Hauptverantwortung bei Wahlverlierer und trotzdem Justizminister Guido Wolf (CDU) liegt. Ein weiterer Protagonist der Invasion im Ländle ist Innenminister Thomas Strobl, ein Merkel-Knecht und aufrechter Kämpfer gegen alles Konservative. Strobl ist der Schwiegersohn vom sich vor deutscher „[Inzucht](#)“ ängstigenden [Wolfgang Schäuble](#). Über beiden Minister-Darstellern thront mit Winfried Kretschmann eine ehemaliger (?) Marxist/Leninist, der heute folgerichtig ein Grüner ist, als Ministerpräsident. Und so schließt sich der Kreis.



Schulen versinken in Gewalt – deutsches Bildungssystem am Abgrund

Von INXI | An den Zuständen in Kitas und Schulen lässt sich unsere Zukunft prognostizieren. Sie sind ein verlässlicher Gradmesser dafür, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt. So sagte Alexander Gauland in seiner genialen Rede auf dem Kyffhäuser-Treffen des Flügels der AfD.

Nur wenige Wochen später wird die Sorge durch den aktuellen Lagebericht der Landeskriminalämter zum Thema Gewalt an Schulen noch übertroffen.

Während die meisten Verantwortlichen des Bildungsdesasters im Urlaub sind und das Parlament Sommerpause macht, veröffentlichen die LKA ihren Lagebericht mit erschreckenden Zahlen bezüglich schwerer, körperlicher Gewalt:

- Nordrhein-Westfalen +10%
- Bayern +19%
- Hessen +21%
- Rheinland-Pfalz +24%
- Sachsen-Anhalt +39%
- Brandenburg +40%
- Baden-Württemberg +41%
- Mecklenburg-Vorpommern +60%
- Berlin +69%

Wohlgemerkt, diese Zahlen beziehen sich „nur“ auf schwere, körperliche Gewalt. In der Gesamtheit der kriminellen Delikte an Schulen liegen die Zahlen teils weit höher: Saarland plus 114%!

Statistik verschweigt Ursachen

Natürlich könnten die LKA Ross und Reiter benennen, ja, sie müssten es sogar. Die Beurteilung dieser desaströsen Entwicklung überlässt man aber lieber den urlaubenden Systemknechten, ist doch der erfasste Zeitraum brisant: 2012-2016. Das bedeutet, dass sich die islamische Invasion hier voll in Zahlen niederschlägt. Selbst linksdrehenden Ideologen dürfte es schwerfallen, diesen Zusammenhang umzudeuten. Versuchen wird man es freilich – nach den Ferien.

Neben der Invasion sind allerdings noch weitere Aspekte für dieses Desaster ursächlich. Schulen sind heutzutage in großen Teilen linke Kaderschmieden und Umerziehungsanstalten statt Horte guter Bildung. Die Liste der Beispiele ist schier endlos; Burkinis im Schwimmunterricht, Verlegung von Prüfungen wegen des Ramadans, Halal-Speisepläne, Zwangsbesuche von Moscheen. Des Weiteren lernen die gewaltaffinen Schüler, dass

Gewalt nahezu folgenlos bleibt, solange sie sich nicht gegen das System richtet und in der alles beherrschenden und entscheidenden Frage der Umvolkung sogar dessen Interessen vertritt.

So ließen Merkel und Scholz die Rotfaschisten der ANTIFA in Hamburg nahezu folgenlos wüten, weil sie als Vorfeldtruppe für die Drecksarbeit im hehren Kampf gegen Rechts unabdingbar ist. Figuren wie Pöbel-Ralle Stegner oder „Fatima Roth“ gießen beständig Öl ins Feuer und so ist wenig verwunderlich, dass diese Gesellschaft dem Abgrund entgengentaumelt. Auch und gerade auf den Schulhöfen der Republik. Junge Leute brauchen Vorbilder aber wenn man die Klassiker nur aus dümmlichen Machwerken wie „Fuck you Goethe“ oder gar nicht kennt, nehmen andere, wie gewaltverherrlichende Rapper, verdummende Imame oder Terroristen diese Rolle ein. Dass man auch ohne Abschluss in höchste Staats- und Parteiämter kommen kann, zeigen Beispiele wie Roth oder Katrin Göring-Eckardt. Warum also in der Sommerhitze lernen, während der Kumpel ins Freibad zum Grapschen oder in den Park zum Kiffen geht?

Wenn in absehbarer Zeit kein Systemwechsel stattfindet, der sich wieder an den gewachsenen und erkämpften Werten unserer Gesellschaft ausrichtet, ist dieses Land verloren. Ein Failed-State. Schweden sollte Mahnung genug sein.



Chemnitz im Würgegriff der Ausländerkriminalität

Von INXI | Chemnitz – die Geschichte hat es mit der Stadt nicht besonders gutgemeint: Im Weltkrieg zerbombt und nach dem Krieg im falschen Teil Deutschlands gelegen. Dabei hatte die Stadt durchaus industrielles Potential zu bieten; Automobil- und Maschinenbau hatten hier eine lange Tradition. Als Beispiel seien an dieser Stelle die Wanderer-Werke genannt. Nun, der Rest ist bekannt. Die Kommunisten ließen die Stadt weiter verfallen und pflanzten Zweckbauten in die Innenstadt, die an Tristesse kaum zu überbieten waren. Die Industrie wurde heruntergewirtschaftet.

Der Todesstoß kam nach der Wende in Form der „Treuhand“, die ausnahmslos alle namhaften Industriebetriebe entweder dichtmachte oder an die (westliche) Konkurrenz verhökerzte, was letztlich auf das Gleiche hinauslief. Die Arbeitslosigkeit explodierte und die Menschen wanderten ab.

Die Stadt mühte sich mit der Gestaltung der neuen City redlich und es entstand in relativ kurzer Zeit eine lebenswerte Innenstadt mit Kneipen, Geschäften, Wohnungen und Dienstleistung. Nur konnten die Chemnitzer das Angebot nicht umfänglich angenehmem. Wovon die Rechnung in den schicken Restaurants bezahlen? Und so blieben auch an lauen Sommerabenden viele Plätze in den Biergärten leer.

Zehn Jahre nach der Wende wandte sich das Blatt zum Besseren; Arbeitsplätze kehrten in die Stadt zurück und die Menschen entwickelten wieder eine Art Lebensgefühl der Gemeinschaft. Man traf sich wieder in Kneipen und in Parks, statt sich mit Billigbier in den heimischen vier Wänden einzuigeln. Und heute?

Die Liste des Verfalls

Die nachfolgende Liste ist nicht etwa von Chemnitzer Bürgern verfasst (da wäre sie wahrscheinlich noch länger), sondern wurde vom sächsischen Innenministerium offiziell veröffentlicht. Die gefährlichsten Orte in Chemnitz:

- Rathausstraße/Zentralhaltestelle
- Stadthallenpark mit den Bereichen Grünfläche, Stadthallenvorplatz, Springbrunnen
- Am Wall in Höhe Rewe/ Bürgeramt
- Parkplatz Tietz (Moritzstraße, Zschopauer Straße), inklusive „Hallo Döner Drive“
- Hainstraße, Spielcasino und Wohnhäuser
- Jägerstraße in Richtung Augustusburger Straße
- Tschaikowskistraße von Fürsten- bis Gießerstraße
- Brückenstraße, Bereich Karl -Marx -Monument
- Johannisplatz, Grünflächen, Spielplatz und Fußgängerzone
- Theodor-Körner-Platz
- Mauerstraße, Bereich Spielothek „Royal Play“
- Rosenhof
- Adalbert-Stifter-Weg
- Lessingplatz, Bereich der Parkanlage
- Straßburger Straße (Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber)
- Flemmingstraße (Kinder- und Jugendnotdienst und angrenzenden Zu- und Abgangswege)
- Lützowstraße 1 – 9
- Altendorfer Straße bis zur Paul-Jäkel-Straße (Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber)

Betroffen ist die komplette Innenstadt, das Viertel Sonnenberg und die Umgebungen der sächsischen Erstaufnahmeeinrichtung sowie anderer Asylantenunterkünfte. Damit benennt das Innenministerium auch ganz klar, von wem die Gefahren ausgehen. Da kann der linksgrüne Sumpf hier noch so sehr Zeter und Mordio schreien; jeder Bürger mit offenen Augen und etwas Schmalz dazwischen wird diese Liste bestätigen. Die City gleicht abends der eines Maghreb-Staates und der Sonnenberg

ist ein Zentrum der Ausländerkriminalität. Im unteren Teil betreiben vorwiegend Zigeuner Wohnungsprostitution und andere schmutzige Dinge, der obere Teil des Viertels ist in arabischer und türkischer Hand. Drogengeschäfte, Hehlerei und Geldwäsche sind dort zu verorten.

„Was wollt ihr denn?“

So oder ähnlich lautet oft die Frage des Mainstreams vor ein paar Jahren, als sich in Sachsen Widerstand gegen das Kartell formierte. Angesichts von PEGIDA und der erfolgreichen AfD hierzulande, wurde suggeriert, in Sachsen sei es doch gar nicht schlimm, die paar Asylanten merkt doch keiner. Wir sollten uns zum Vergleich mal westdeutsche Großstädte anschauen. Sachsen wurde als Dunkeldeutschland und Nazi-Land diffamiert, man machte sich über die Leute und deren Sorgen lustig und beschimpfte sie.

Freilich gab es immer eine Antwort auf diese hinterlistige Frage: „Genau diese Zustände wollen wir nicht in Sachsen – wehret den Anfängen!“

Und heute? Heute sind wir – Dank der Umvolkungspolitik des Kartells – auf dem Wege, solche Zustände zu haben.

Die Folgen sieht man in der Chemnitzer City: Kneipen schließen, Läden ziehen weg und die autochthonen Chemnitzer trinken ihr Feierabendbier wieder zu hause. Der Trend kehrt sich wieder um. Aber im Herbst 2019 sind in Sachsen Landtagswahlen und die AfD hat reelle Chancen, den ersten blauen Ministerpräsidenten zu stellen. Und dann, liebe Freunde und Patrioten, wird der Sumpf im Freistaat trockengelegt!



SPD verleiht Preis an Schlepper

Von INXI | Die SPD hat drei Monate vor einer wahrlich schicksalhaften Landtagswahl in Bayern endgültig den Bezug zur Realität und damit auch zu ihren Restwählern verloren. Umfragewerte bescheinigen der ehemaligen Volkspartei wohlwollende 12 Prozent. Wohlwollend deswegen, weil man die sogenannte Fehlerquote in Fall der bayerischen SPD getrost negativ ansetzen kann. Realistisch dürften es wohl eben noch knapp 10 Prozent sein. Natürlich wissen das die Genossen von der Isar selbst ganz genau; vielleicht sogar besser. Umso erstaunlicher oder befremdlicher – je nach Sichtweise – ist es, dass die Landtagsfraktion der Sozis sich augenscheinlich nicht scheut, mit der Fünfprozent-Hürde zu liebäugeln. Nur zu, uns soll es recht sein.

Europa-Preis an Schlepperkapitän Reisch

Noch nie etwas vom Europa-Preis der SPD Landtagsfraktion in Bayern gehört? Macht nichts, die Auszeichnung ist völlig unbedeutend. Nur in diesem Fall gelangt das schnelle Vorgehen der SPD zur Bedeutung, weil sich der Mainstream unreflektiert auf diese Nachricht stürzt und naturgemäß hochjubelt. [Ausgezeichnet werden](#) soll der Kapitän des [NGO-Schlepperschiffes Lifeline](#).

Dass diese Preisverleihung ein weiterer Sargnagel der bayerischen SPD ist, wird geflissentlich übersehen: Noch immer

geht tumbe, linke Ideologie vor Recht und gesundem Menschenverstand. Die Auszeichnung soll am 27. Juli überreicht werden und ist mit 2.500 Euro dotiert. Eile ist für die Roten auch geboten, weil bereits am 30. Juli ein weiterer Gerichtstermin für Reisch in Malta ansteht.

Kapitän des Schlepper-Schiffes Lifeline

Das Schiff Lifeline gehört der linken Schlepperorganisation [Mission-Lifeline](#). Nachdem die kriminelle Schlepperei von illegalen Asylforderern auf der Balkan-Route durch das konsequente Handeln Ungarns nicht mehr lukrativ war, mußte eine neue Einnahmequelle her. Auf die Schnelle konnte man ein hochseetüchtiges Schiff erwerben, angeblich rein aus Spenden finanziert. Seitdem brachte dieses Schlepperschiff tausende illegale nach Europa – vornehmlich natürlich in unsere Heimat Deutschland. Hauptverantwortlich für das Fischen in Küstennähe Libyens ist der Kapitän Claus-Peter Reisch.

Prozess statt Auszeichnung

Aus Sicht der Schlepper und ihrer europäischen Verbündeten wäre Malta die erste Anlaufstelle für die illegale Anlandung in Europa. Allerdings gibt es einen Deal mit der alten italienischen Regierung, warum dies umgangen wurde. Exakter Inhalt unbekannt. Mit der neuen Regierung in Italien kommt es aber nun für die Schlepper knüppeldick; Ministerpräsident Conte und vor allem Innenminister Salvini wollen den Sumpf der Illegalen und Kriminellen trocken legen! Mit Erfolg, wie sich zeigt. Schlepperschiffe dürfen italienische Häfen nicht anlaufen und der Umweg nach Spanien ist den NGOs zu teuer, was zeigt, dass es diesen Gutmenschen nur um den schnöden Mammon geht und ging. Sozusagen das Vorfeld der Asylindustrie Europas und insbesondere der in Deutschland. Deswegen ist das Geschrei der Links-Roten hierzulande besonders groß.

Aber zurück nach Malta. Als kleinstes Mitglied der EU hat man sich erfolgreich gegen eine Flutung von schwarzafrikanischen

Moslems gewehrt, ohne in eine Ecke mit Staaten wie Ungarn oder Tschechien gestellt worden zu sein. Eigentlich ein diplomatisches Meisterwerk! Nun fällt aber der Partner in diesem Deal, Italien, aus und Valetta sieht sich genötigt, selbst aktiv zu werden.

Auch wenn die Anklage gegen den Schlepper Reisch nur seerechtlichen Inhalt hat – ein Anfang ist getan. Und der nächste Schritt ist allerdings erfolgt.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag [klagt](#) gegen die Schlepper-NGO. Da könnte auf den Sportboot-Kapitän Reisch noch einiges an Ungemach zukommen!



Mordversuch an Kleinkind in Wuppertal

Von INXI | Am Donnerstagabend kurz nach 18 Uhr wurde in Wuppertal der Alptraum jeder Familie zur traurigen Realität. Eine Familie mit drei Kindern (ein, drei und fünf Jahre alt) wartet an Gleis 5 des Wuppertaler Hauptbahnhofes auf den Zug.

Als die Bahn in Sichtweite kommt, geschieht das Unfassbare: Ein Fremder entreißt der Familie den fünfjährigen Sohn, springt mit dem Kleinkind ins Gleisbett und läuft dem Zug entgegen und legt sich mit dem Jungen zwischen die Schienen. Der Lokführer erkannte die Situation und leitete eine

Notbremsung ein. Es konnte jedoch nicht verhindert werden, dass der Zug den Attentäter und das Kind überrollt.

Wie durch ein Wunder trug der Junge nur Schürfwunden davon und konnte auf den Bahnsteig klettern. Was dieser Terroranschlag – und nichts anderes ist es – an seelischen Spuren bei dem Kind hinterlässt, kann nur erahnt werden. Der Attentäter blieb unverletzt und wurde bis zum Eintreffen der Polizei von Passanten festgehalten.

Wie immer in solchen Fällen fällt die Berichterstattung der Staatsmedien spröde und dürftig aus. Fast schon widerwillig, könnte man meinen. [Doch die WELT](#) nennt erstaunlicherweise Ross und Reiter: Bei dem Terroristen handelt es sich um einen 23-jährigen Inder aus Gelsenkirchen. Ein Goldstück, das laut Polizei Wuppertal seit langem bekannt ist.

Die Behörden sprechen nebulös von „Aggressionsdelikten“. Übersetzt bedeutet dies nichts anderes, als diese Bestie der Polizei schon seit Jahren wegen gewaltsamer Übergriffe auf andere Menschen bekannt ist. Wohlgemerkt bekannt – nicht vorbestraft! Wie üblich in Merkels Welt und ihrer willfährigen Vasallen der Justiz. Der Marsch durch die Generationen der linksversifften 68er lässt grüßen!

Wegen der absoluten Perversität dieses Verbrechens wird aber bereits kolportiert, der Täter sei eventuell schuldunfähig und wird deshalb einem Psychiater vorgestellt. Natürlich sind derartige Verbrechen aus unserer humanistisch geprägten Wertevorstellung heraus nicht erklärbar. Ebenso wenig wie die Verstümmelung tausender minderjähriger Mädchen, die in Deutschland ganz offen praktiziert wird. Bigamie und Kinderehen sind weitere Beispiele. Ganz zu schweigen vom Abschlachten von Albinos in Teile Afrikas.

Die deutschen Behörden müssen sich darüber im Klaren werden, dass nicht jedes Verbrechen, dass für Autochthone unfassbar ist, zwangsläufig Geisteskrankheiten zuzuordnen ist. Es sei

denn, man erklärt die Befürworter des Islam allesamt für geistig gestört. Dann freilich würde eine solche Vorgehensweise Sinn machen. Frauen werden gesteinigt oder minderjährig hingerichtet, weil sie das selbstverständliche Leben eines Teenagers führen wollen. Kleinen Dieben werden in den Herkunftsländern gemäß Scharia die Gliedmaßen amputiert.

Das alles ficht die „Schutzsuchenden“ freilich nicht an, hier, im Gastgeberland, genau die Verhaltensweisen an den Tag zu legen, wegen derer sie in ihrer Heimat mit drakonischen Strafen bedroht wären. Es ist also zu folgern, dass diese Invasoren nicht vor imaginären Kriegen in ihrer Heimat „flüchten“, sondern ihre absonderlichen Triebe ohne Furcht vor Strafe und dazu voll alimentiert ausleben wollen.

Dafür steht – noch – das System Merkel. Das muss beendet werden, wenn wir zur Rechtsstaatlichkeit und zu unseren Werten zurückfinden wollen. Geschieht das in absehbarer Zeit nicht, wird unserer Heimat in einem Sumpf aus moslemischer Kriminalität, Landnahme und letztlich Übernahme enden.



Prozess in Stuttgart: Keine U-Haft für Geiselnnehmer

Von INXI | Letzten Montag begann am Landgericht Stuttgart der

[Prozess gegen drei Türken](#). Ihnen wird Geiselnahme, Verschleppung, Körperverletzung und Nötigung vorgeworfen.

Angeklagt sind die Eltern und der Onkel einer jungen Frau, die bereits 2011 entführt und in die Türkei verschleppt wurde. In den Augen ihrer islamischen Familie hatte sich die junge Frau des Verbrechens der Integration in unsere Gesellschaft schuldig gemacht.

Sie wollte ein freies und selbstbestimmtes Leben ohne islamische Zwänge führen und hatte einen deutschen Freund. Ihre türkische Familie, die wie viele andere gleicher Herkunft auch die Vorzüge des deutschen Sozialstaates zu schätzen wissen, ansonsten aber unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit nichts von den Werten des Gastlandes halten.

Der Streit eskalierte und die junge Frau floh in ein Frauenhaus, wo sie betreut wurde und auch Arbeit fand. Ganz im Sinne des Islam entführten die Eltern und der Onkel des Opfers die Frau per Auto in die Türkei, um sie dort mit einem ausgesuchten Rechtgläubigen zwangszuverheiraten.

2013 gelang der mittlerweile 24-jährigen Frau mithilfe einer Freundin die Flucht zurück nach Deutschland. Auch die Kidnapper leben wieder hier. Unrechtsbewußtsein oder das Wissen, dass keine ernsthaften Folgen zu befürchten sind?

Wahrscheinlich beides, die Staatsanwaltschaft sah trotz der Schwere des Verbrechens und der Fluchtgefahr jedenfalls von der Beantragung eines Haftbefehls ab und das Trio befindet sich damit auf freiem Fuß. Bei echten Kapitalverbrechen, wie der standhaften Weigerung, GEZ-Zwangsgeldern zu zahlen, kennen die Gerichte bekanntlich keinerlei Gnade; da droht alleinerziehenden (deutschen) Müttern oder Rentnern schon mal Haft.

Auf das Urteil darf man gespannt sein. PI-NEWS bleibt dran!